

Ansätze für die künftige Entwicklung berufsbildender Schulen vor dem Hintergrund der Herausforderungen der demografischen Entwicklung

KURZFASSUNG: Die Debatte um die demografische Entwicklung und den diesbezüglichen Beitrag des beruflichen Bildungswesens wird vorrangig vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels geführt, während die Frage nach der künftigen Entwicklung berufsbildender Schulen eher am Rande diskutiert wird. Aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland und des dadurch zu erwartenden Rückgangs der Zahlen der für den Berufsbildungsbereich wichtigen Alterskohorten stellt sich jedoch die Frage, wie den Auswirkungen im Bereich des berufsbildenden Schulwesens begegnet werden kann. Vor allem in peripheren und strukturschwachen Regionen wird den berufsbildenden Schulen bedingt durch sinkende Schüler- und Auszubildendenzahlen der Erhalt von Fachklassen in der dualen Berufsausbildung sowie die Sicherung der beruflichen Vollzeitschulen künftig erschwert. Damit die berufsbildenden Schulen weiterhin differenzierte und möglichst betriebs- und wohnortnahe berufliche Bildungsangebote sicherstellen und ihre bisherigen Angebote qualitativ weiterentwickeln können, sind strukturelle und organisatorische Ansätze zur Anpassung an die sich verändernden Rahmenbedingungen notwendig. Vor diesem Hintergrund gibt der Beitrag neben der differenzierten Analyse der demografischen Entwicklung in Deutschland sowie deren Auswirkungen auf den Berufsbildungsbereich einen systematischen Überblick über strukturelle Ansätze, die bislang seitens der Bildungspolitik, Bildungsadministration sowie der Berufs- und Wirtschaftspädagogik zur künftigen Sicherung der beruflichen Schul- und Ausbildungsversorgung entwickelt wurden.

ABSTRACT: The debate concerning the demographic developments and the related contribution of vocational education system is taking place primarily in the context of the impending lack of specialized personnel, while the questions regarding the future development of the different kinds of vocational schools (part- and full-time) have been marginalized. Due to demographic developments within Germany and the resulting expected fall in numbers of the age groups crucial to the vocational education sector, the question of how the consequences of this on said sector can be dealt with. Particularly in peripheral and structurally weak regions, vocational schools are finding the retention of specialist classes for dual vocational education and training increasingly difficult due to the shrinking number of apprentices and trainees, which may also endanger the future existence of full-time vocational schools. Structural and organizational approaches to aligning the schools with the framework conditions are necessary in order to ensure that vocational schools can continue to provide differentiated educational offers as close to the places of work and residence as possible, as well as further develop the quality of their current offers. Against this backdrop, this paper offers a differentiated analysis of the demographic developments in Germany and their impact on the vocational education sector, as well as a systematic overview of structural approaches which have been developed by educational policy, educational administration and vocational and business education with the aim of securing the future availability of vocational education and training.

1 Ausgangsproblematik

Die aktuelle demografische Entwicklung in Deutschland ist durch einen deutlichen Geburten- und nachfolgenden Schülerrückgang gekennzeichnet. Die Schülerzahlen in den Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen werden maßgeblich von der

demografischen Entwicklung beeinflusst, da diese die zukünftigen Jahrgangsbreiten determiniert. Der Schülerrückgang und die zunehmende Finanzknappheit öffentlicher Haushalte stellen inzwischen in allen Bundesländern die Schulpolitik sowie die kommunalen Schulträger vor erhebliche Herausforderungen, wie Schulstandortgefährdung, ineffiziente Ressourcennutzung und Vermeidung von Angebotsdisparitäten. Es wird davon ausgegangen, dass durch die veränderten demografischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen das berufliche Schulwesen in den nächsten Jahren zur Anpassung des Schulangebots an sinkende Jahrgangsstärken gezwungen ist und dass vor allem in peripheren und strukturschwachen Regionen die berufsbildende Infrastruktur nicht flächendeckend aufrechtzuerhalten sein wird (PFEIFFER & KAISER, 2009; KUKLINSKI, 2006). Diesbezügliche Entscheidungen haben jedoch unmittelbare Auswirkungen auf das künftige Angebot an qualifizierten Fachkräften, für welches das berufliche Bildungssystem über die Sicherung des Fachkräftenachwuchses aktiv Sorge zu tragen hat, die Beschäftigungschancen von Jugendlichen in einer Region sowie die Qualität der beruflichen Ausbildung. Vor diesem Hintergrund ist die Diskussion über die Folgen der demografischen Entwicklung für das berufliche Bildungswesen und damit die Frage nach der Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Berufsbildung von hohem bildungspolitischen sowie wissenschaftlichem Interesse. Somit stellt sich die bedeutsame Frage, wie auch künftig, insbesondere in peripheren und strukturschwachen Regionen mit einer geringen Bevölkerungsdichte, differenzierte, betriebs- und wohnortnahe sowie qualitativ hochwertige berufliche Bildungsangebote bei noch vertretbarem finanziellem und personellem Aufwand aufrechtzuerhalten sind. In der Fachliteratur finden sich inzwischen zahlreiche Beschreibungen von Ansätzen zur strukturellen und organisatorischen Weiterentwicklung berufsbildender Schulen, die einen substanziellen Beitrag bei der Bewältigung der sich stellenden Herausforderungen leisten können. Ziel des Beitrags ist es, einen systematischen Überblick über diese seitens der Bildungspolitik und -administration sowie der Berufs- und Wirtschaftspädagogik entwickelten Ansätze und Lösungsvorschläge zu geben.

In dem Beitrag werden zunächst die Ergebnisse der differenzierten Analyse der bisherigen und künftig zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung in Deutschland vorgestellt (Kapitel 2). Im Anschluss wird die bisherige und prognostizierte Entwicklung der Schülerzahlen im berufsbildenden Schulwesen differenziert nach Schulformen analysiert (Kapitel 3). Zudem wird die aktuelle Nachfrage- und Angebotssituation auf dem Ausbildungsmarkt erörtert. Als Datenquellen dienen amtliche Statistiken, wie die Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamtes, die Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen der Kultusministerkonferenz sowie aktuelle Daten des BIBB, die einer Sekundäranalyse unterzogen worden. Anhand der Systematisierung der einschlägigen Fachliteratur erfolgt danach eine synoptische Darstellung bisheriger struktureller Ansätze (Kapitel 4), um auch künftig bei sinkenden Schüler- und Auszubildendenzahlen ein differenziertes und möglichst betriebs- und wohnortnahes berufliches Bildungs- und Ausbildungsangebot zu gewährleisten und damit zur Sicherung des Fachkräftepotenzials und damit zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft beizutragen.

2 Demografische Entwicklung in Deutschland

Seit 2002 ist in Deutschland ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, der sich nach aktuellen Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes (StBA) fortsetzen wird. Abbildung 1 zeigt die Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2012 sowie eine Prognose bis 2060¹.

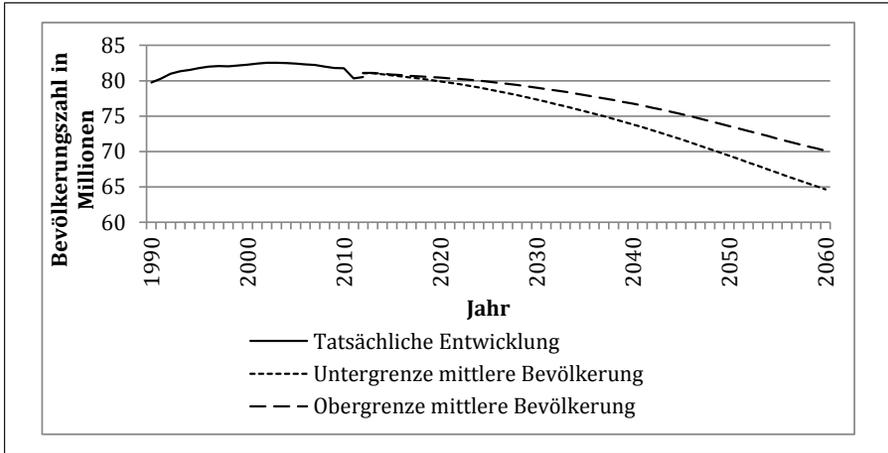


Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2060 in Deutschland
(Quelle: Bevölkerungsstatistik des StBA, 2013a, b, eigene Darstellung)

Demnach wird für das Jahr 2030 gegenüber etwa 80,5 Millionen Menschen in 2012 ein Bevölkerungsrückgang um 3,94 % (Untergrenze mittlere Bevölkerung)² bzw. 1,86 % (Obergrenze mittlere Bevölkerung)² prognostiziert (StBA, 2013a, b). Von 2012 bis 2060 wird ein weiterer Rückgang um 19,71 % bzw. 12,92 % erwartet. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die räumliche und natürliche Bevölkerungsbewegung, d. h. die Entwicklung der Zu- und Abwanderung sowie der Geburten- und der Sterberate. Von 1997 bis 2012 ist bei den Geburten eine rückläufige Entwicklung um 17,07% zu verzeichnen³ (StBA, 2013c). Die Sterberate liegt in Deutschland bereits seit 1972 über der Geburtenrate, woraus ein natürlicher Bevölkerungsverlust resultiert (StBA, 2013d). Im Unterschied dazu ist in den letzten beiden Dekaden ein positives Wanderungssaldo zu verzeichnen (vgl. dazu StBA, 2013e). Dieser durch Wanderungsbewegungen hervorgebrachte Bevölkerungszuwachs hat jedoch seit 2003 lediglich im Jahr 2012 zur Kompensation des natürlichen Bevölkerungsverlustes ausgereicht. In Abbildung 2 ist die Altersstruktur in Deutschland für die Jahre

- 1 Ab 2013 basieren die Prognosen des StBA auf den Ergebnissen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, die auf der Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes in 2008 gründet. Der Zensus 2011 ergab hier eine um ca. 1,5 Mio. geringere Bevölkerungszahl.
- 2 Die Unter- bzw. Obergrenze der mittleren Bevölkerung sind Vorausberechnungsvarianten innerhalb der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, die sich in einigen zentralen Annahmen unterscheiden (vgl. StBA, 2013b).
- 3 Lediglich in den Jahren 2007, 2010 und 2012 war ein leichter Anstieg der Geburten zu verzeichnen.

2010 und 2030 dargestellt. Es zeigt sich hier eine prognostizierte Verschiebung der Altersstruktur zugunsten der älteren Bevölkerung. Bis 2030 wird sich laut den Vorausberechnungen des StBA der Anteil der für das Berufsbildungssystem relevanten Altersgruppe der 18-24-Jährigen gegenüber 2010 um 25,86 % verringern.

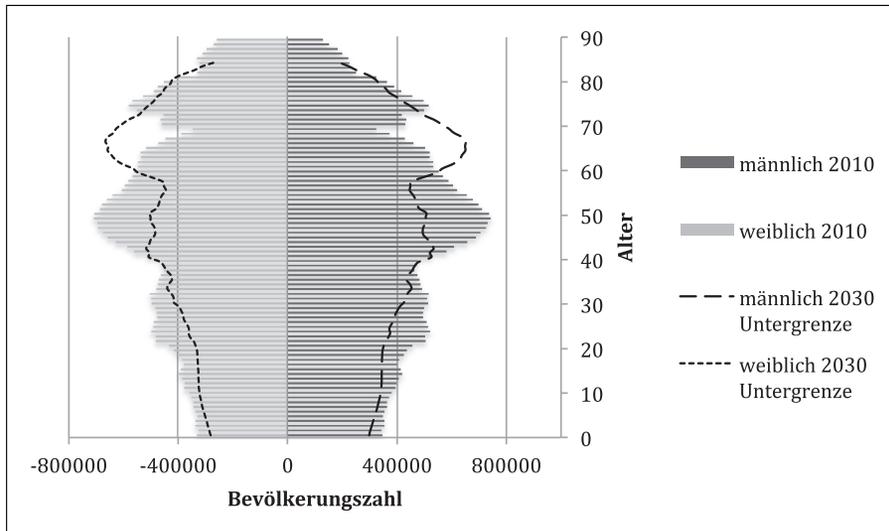


Abb. 2: Altersstruktur in Deutschland in den Jahren 2010 und 2030
(Quelle: Bevölkerungsstatistik des StBA, 2013f, g, eigene Darstellung)

Im Hinblick auf die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung zeigen sich, z. B. zwischen Ballungszentren und peripheren Regionen, erhebliche regionale Disparitäten. Vor allem Regionen außerhalb der Kernstädte werden von sinkenden Schülerzahlen betroffen sein (AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG, 2010, S. 324). Während für Metropolregionen wie München, Hamburg oder Berlin von 2009 bis 2030 ein Bevölkerungswachstum von 5 % und mehr prognostiziert wird, sind neben den ostdeutschen zunehmend auch die westdeutschen Flächenländer und hier vor allem das Ruhrgebiet und Saarland von einer stark sinkenden Bevölkerungszahl betroffen (BiB, 2012 zit. nach DEMOGRAFIEPORTAL, 2013).

3 Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Berufsbildungsbereich

Die skizzierte Bevölkerungsentwicklung in Deutschland wird direkt über den Rückgang der Schülerzahlen der für den Berufsbildungsbereich wichtigen Alterskohorten spürbar sein (SCHMIDT, 2011, S. 144). Darüber hinaus sind aber auch Veränderungen bei den Bildungsentscheidungen der Jugendlichen von Bedeutung. So ist gegenwärtig ein Trend zu höheren Bildungsabschlüssen sowie akademischen Ausbildungen beobachtbar. Nachfolgend werden die bisherige Entwicklung der Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen ab dem Schuljahr 2005/06 sowie die künftig zu erwartenden Schülerzahlen im berufsbildenden Schulwesen dargestellt.

3.1 Bisherige Entwicklung der Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen

In Abbildung 3 ist die Entwicklung der Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen von den Schuljahren 2005/06 bis 2011/12 dargestellt. Bis zum Schuljahr 2008/09 ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen in Deutschland um 1,29 % angestiegen. In den darauffolgenden drei Schuljahren zeigt sich hingegen mit einem Schülerrückgang von 6,94 % eine gegenläufige Entwicklung.

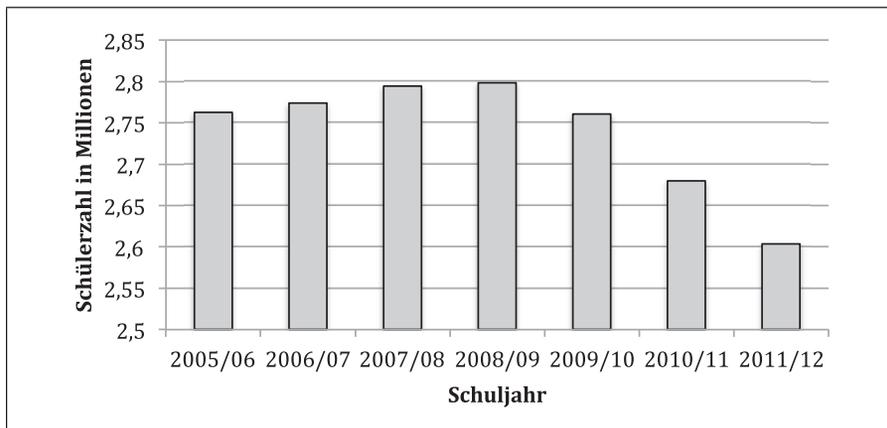


Abb. 3: Entwicklung der Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen ab dem Schuljahr 2005/06 bis 2011/12

(Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen des S+BA, 2013h, eigene Berechnung)

Bei Betrachtung der Bereiche⁴ des Berufsbildungssystems wird deutlich, dass die Entwicklung der Schülerzahlen sehr unterschiedlich verläuft. Abbildung 4 zeigt den prozentualen Anteil der Teilbereiche des Berufsbildungssystems gemessen an dessen Gesamtschülerzahl im Schuljahr 2011/12. Die Berufsschule (duales System) ist die am stärksten vertretene Schulform an berufsbildenden Schulen, gefolgt von dem Übergangssystem. Die absolute Entwicklung der Schülerzahlen in den verschiedenen Teilbereichen wird für die Schuljahre 2005/06 bis 2011/12 in Abbildung 5 dargestellt.

4 Als Schulformen des Übergangssystems werden an dieser Stelle eingrenzend das Berufsvorbereitungsjahr, die Berufseinstiegsklasse, das Berufsgrundbildungsjahr und die Berufsfachschule betrachtet. Aufgrund der vorhandenen Datenlage ist es dabei nicht möglich, die Schülerzahlenentwicklung an der Berufsfachschule differenziert zu betrachten, sodass berufsqualifizierende Berufsfachschulen hier dem Übergangssystem zugerechnet werden. Die Berufsaufbauschule wird aufgrund ihrer quantitativ geringen Bedeutung (2011/12: 481 Schülerinnen und Schüler deutschlandweit) in der Analyse ausgeschlossen. Berufsvorbereitende Maßnahmen, z.B. der Bundesagentur für Arbeit, werden hier ebenfalls nicht berücksichtigt. Fach- und Berufsakademien werden aus der Analyse ausgeschlossen, da sie eine geringe quantitative Bedeutung haben (2011/12: 8.077 Schülerinnen und Schüler deutschlandweit). Zudem werden diese Schulformen in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein nicht mehr dem berufsbildenden Schulwesen zugeordnet.

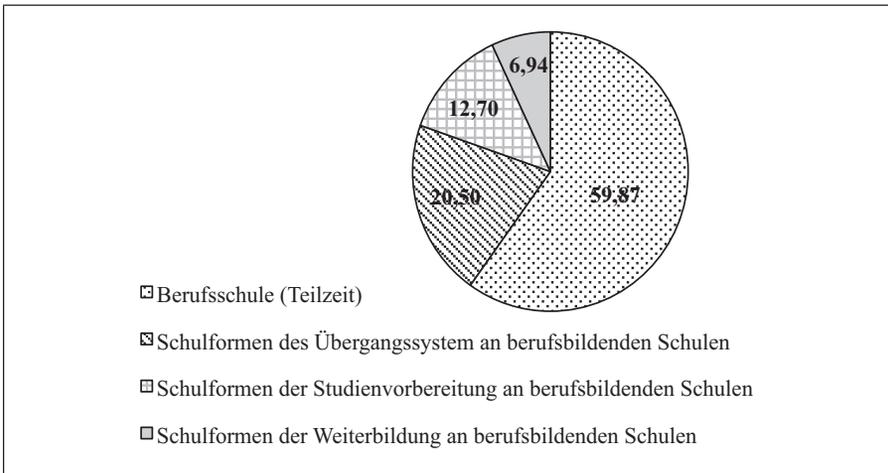


Abb. 4: Prozentuale Anteile der Teilbereiche des Berufsbildungssystems an der Gesamt-schülerzahl an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2011/12
 (Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen des S+BA, 2013h, eigene Berechnung)

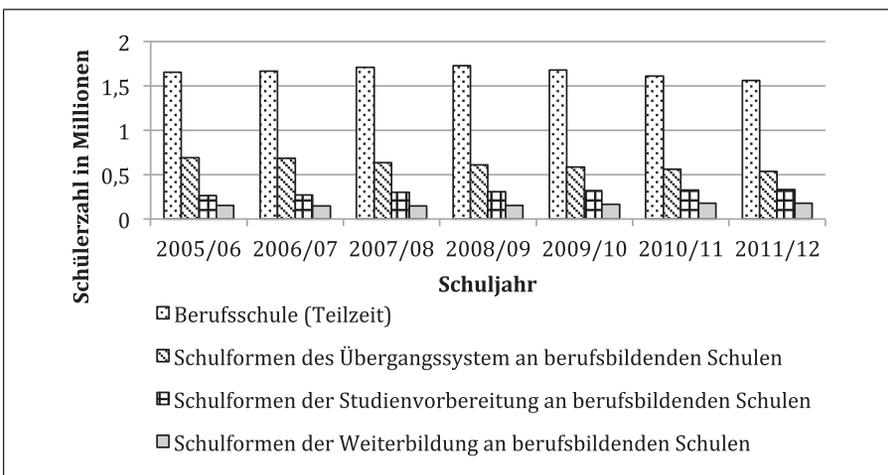


Abb. 5: Entwicklung der Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen vom Schuljahr 2005/2006 bis 2011/12 nach Schulformen
 (Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen des S+BA, 2013h, eigene Berechnung)

Nachdem die Schülerzahlen an den Berufsschulen bis zum Schuljahr 2008/09 leicht angestiegen und im weiteren Verlauf bis zum Schuljahr 2011/12 um 9,72 % gesunken sind, ist in den Schulformen des Übergangssystems ein kontinuierlicher Rückgang um insgesamt 22,47 % im betrachteten Zeitraum zu verzeichnen. Bei den Schulformen der Studienvorbereitung ist hingegen ein Zuwachs von 24,2 % festzustellen. Auch an den Schulformen der Weiterbildung ist die Schülerzahl um 19,03 % deutlich angestiegen. Somit haben in den letzten Jahren die Bildungs-

gänge an berufsbildenden Schulen einen starken Anstieg der Schülerzahlen zu verzeichnen, die zu einem höherqualifizierenden Abschluss in Form einer Hochschulzugangsberechtigung führen, während die Schülerzahlen an den Berufsschulen sowie den Bildungsgängen des Übergangssystems gesunken sind. Aufgrund der steigenden Nachfrage nach studienvorbereitenden Bildungsgängen stellt sich die Frage, wie es der dualen Ausbildung auch künftig gelingen kann, sich erfolgreich zu positionieren und ihre Attraktivität zu erhalten respektive auszubauen (PFEIFFER & KAISER, 2009, S. 32). Der skizzierte Schülerrückgang hat bereits in strukturschwachen Regionen mit einer geringen Bevölkerungsdichte Auswirkungen auf die Beschulungsangebote innerhalb des dualen Systems, wie z. B. die Konzentration von Fachklassen auf wenige Berufsschulen, die Einzigigkeit oder den Wegfall der Beschulung in einem Ausbildungsberuf. Dies soll exemplarisch am Beispiel des Kreises Höxter verdeutlicht werden. Zwei der drei in diesem Kreis ansässigen berufsbildenden Schulen haben seit dem Schuljahr 2007/08 bis zum Schuljahr 2012/13 einen erheblichen Rückgang der Gesamtschülerzahl von 27,56 % bzw. 23,49 % zu verzeichnen. Als eine Folge gibt es nur noch an einem statt bislang zwei Schulstandorten eine Fachklasse für den Ausbildungsberuf des Tischlers bzw. der Tischlerin. Während in diesem Ausbildungsberuf die Beschulung in einer Fachklasse innerhalb des Kreises aufrechterhalten bleibt, konnte dies nicht für alle bisherigen Ausbildungsberufe sichergestellt werden. Nach dreimaliger Unterschreitung des Mindestschülerwertes von 16 wurde die Beschulung des bereits nur an einer Berufsschule einzügig geführten Ausbildungsberufs der bzw. des Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten im Schuljahr 2012/13 eingestellt. Für die Auszubildenden hat dies zur Folge, dass sie auf Berufsschulen in angrenzenden Kreisen ausweichen und somit eine höhere Mobilität aufweisen müssen.

3.2 Prognose der künftigen Entwicklung der Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen

Die jüngsten Vorausberechnungen der Schülerzahlen durch die Kultusministerkonferenz (KMK, 2013) schreiben den zuvor aufgezeigten Trend der letzten Jahre für den Bereich der berufsbildenden Schulen in den wesentlichen Grundzügen fort. Der demografisch bedingte Schülerrückgang an berufsbildenden Schulen wird demnach von 2011 bis 2025 voraussichtlich 17,8 % betragen (KMK, 2013, S. 33). Abbildung 6 zeigt die prognostizierte prozentuale Veränderung der Schülerzahlen von 2011 bis 2025 an den Schulformen der berufsbildenden Schulen. In allen Teilbereichen des Berufsbildungssystems ist bis 2025 ein deutlicher Rückgang der Schülerzahlen zu erwarten, der sich jedoch in unterschiedlicher Intensität vollziehen wird. Der stärkste absolute Rückgang wird für das duale System mit 268.318 Schülerinnen und Schülern vorhergesagt. Demnach werden die Schulformen des Übergangssystems sowie die Berufsschulen und damit die duale Berufsausbildung den größten Anteil an Schülerinnen und Schülern verlieren, während der erwartete Rückgang in den berufsbildenden Schulformen, die einen höherqualifizierenden Schulabschluss vermitteln, voraussichtlich geringer ausfallen wird.

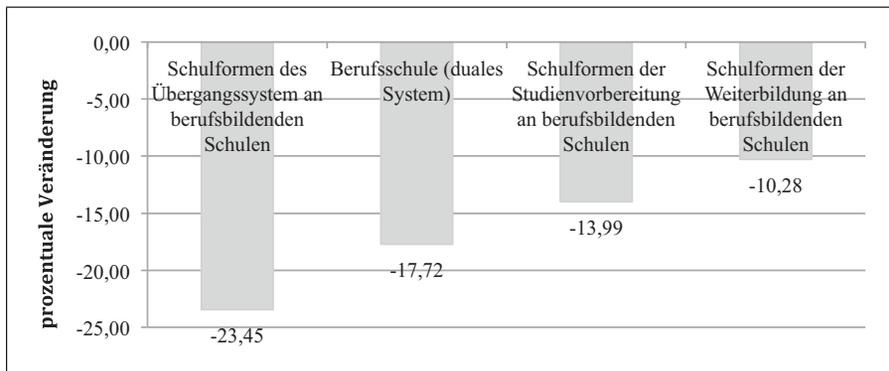


Abb. 6: Prognostizierte prozentuale Veränderung der Schülerzahlen nach Schulformen der berufsbildenden Schulen von 2011 bis 2025

(Quelle: Vorausberechnungen der Schülerzahlen der KMK, 2013, S. 2*–5*, eigene Berechnung)

3.3 Aktuelle Entwicklung des dualen Ausbildungsstellenmarktes

Im Jahr 2013 sind in Deutschland mit 530.715 neuen Ausbildungsverträgen 3,7 % weniger als im Vorjahr abgeschlossen worden (BIBB, 2013), was einen „historischen Tiefstand“ seit der Wiedervereinigung darstellt (ULRICH ET AL., 2013, S. 8). Auch ist in 2013 die Zahl der dualen Ausbildungsplatzangebote um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Demgegenüber stehen nach der erweiterten Definition der Ausbildungsplatznachfrage⁵ 614.277 Jugendliche, die nach einem Ausbildungsplatz gesucht haben. Abbildung 7 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Ausbildungsplatznachfrage und des Ausbildungsplatzangebotes von 2009 bis 2013. Seit 2011 sind beide rückläufig.

Hinweise auf mögliche Besetzungs- bzw. Passungsprobleme ergeben sich aus der Analyse der Angebots- und Nachfrageentwicklung im Verhältnis zu den unbesetzten Ausbildungsplätzen sowie den noch suchenden Bewerberinnen und Bewerbern (vgl. Abbildung 8). Von 2009 bis 2013 hat sich die Zahl der zum Start des neuen Ausbildungsjahres noch unbesetzten Ausbildungsplätze mit 94,34 % (von 17.255 auf 33.534) nahezu verdoppelt. Obwohl es in den vergangenen drei Jahren ein rückläufiges Ausbildungsplatzangebot gab, ist im gleichen Zeitraum die Zahl der noch zu besetzenden Ausbildungsstellen gewachsen. Gleichzeitig ist von 2011 bis 2013 trotz eines Nachfragerückgangs die Zahl der am 30.09. noch einen Ausbildungsplatz suchenden Bewerberinnen und Bewerber um 15,55 % angestie-

5 Als Ausbildungsplatznachfrager gelten die ausbildungsinteressierten Jugendlichen, denen es gelungen ist, einen Ausbildungsvertrag abzuschließen und diejenigen, die am 30.09. noch einen Ausbildungsplatz suchen. Daraus ergeben sich zwei statistische Ermittlungsweisen zur Höhe der Ausbildungsplatznachfrage. Bei der traditionellen Berechnungsweise der Ausbildungsplatznachfrage bleiben diejenigen suchenden Ausbildungsplatzbewerber unberücksichtigt, die über eine alternative Verbleibmöglichkeit verfügen. Die neue, erweiterte Definition schließt hingegen diese Personengruppe in die Berechnungen ein (AUTORENGRUPPE BERUFSBILDUNGSBERICHTERSTATTUNG, 2013b, S. 11).

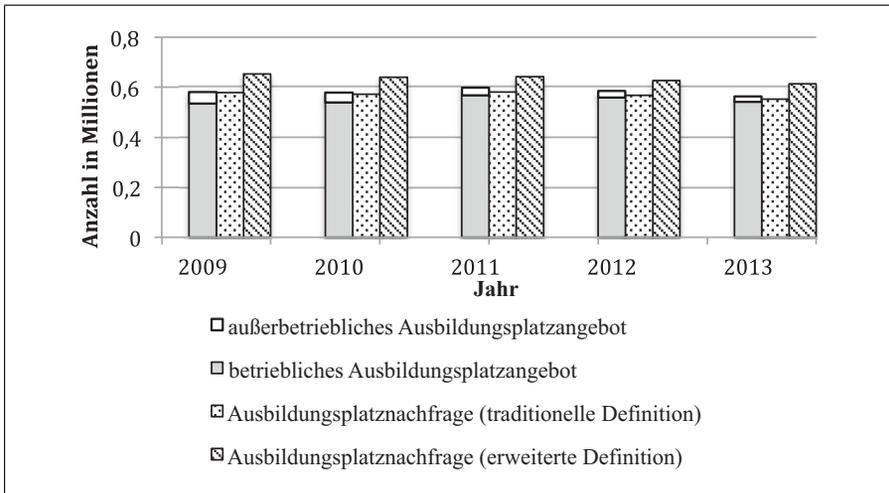


Abb. 7: Entwicklung der Ausbildungsplatznachfrage und des Ausbildungsplatzangebotes (Quelle: ULRICH et al., 2013, S. 31; eigene Darstellung)

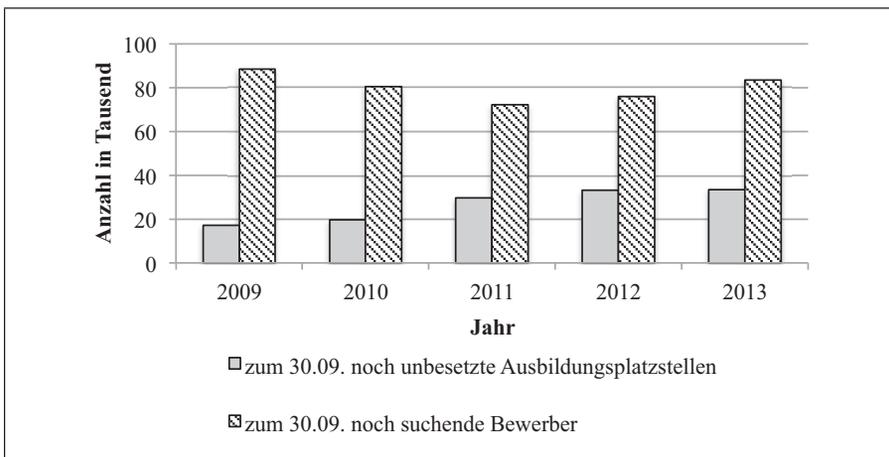


Abb. 8: Entwicklung der zum 30.09. noch unbesetzten Ausbildungsplatzstellen und der noch suchenden Bewerber von 2009 bis 2013 (Quelle: ULRICH et al., 2013, S. 15; 31, eigene Darstellung)

gen. Die AUTORENGRUPPE BERUFSBILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2013a, S. 24) verweist hier auf eine „widersprüchliche Entwicklung“ am Ausbildungsmarkt, die zum einen durch zunehmende Stellenbesetzungsschwierigkeiten seitens der Betriebe und zum anderen durch steigende Einmündungsschwierigkeiten der Jugendlichen in die duale Berufsausbildung gekennzeichnet ist. Dies deutet auf ein Passungsproblem am Ausbildungsstellenmarkt hin, welches sich bei einem weiteren Rückgang der Ausbildungsplatzsuchenden weiter verschärfen wird. Die Passungsprobleme zu reduzieren, stellt eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre

für das duale System dar, um die Folgen der demografischen Entwicklungen im Hinblick auf die zu erwartenden regional-, branchen- oder berufsfeldspezifischen Fachkräfteengpässe abzumildern.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass durch die skizzierten Entwicklungen den berufsbildenden Schulen der Erhalt von Fachklassen in der dualen Berufsausbildung sowie die Sicherung der beruflichen Vollzeitschulen erschwert werden. Die regionale Angebotsstruktur an Bildungseinrichtungen sowie deren Aufnahmekapazität, Qualität sowie Erreichbarkeit beeinflussen wiederum das Bildungs- und Ausbildungswahlverhalten der Jugendlichen maßgeblich (FRANK, 2010, S. 164). Eine Reduzierung des differenzierten Angebotsspektrums im berufsbildenden Bereich hätte direkte negative Auswirkungen auf die Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie die Qualifikationsstruktur und damit auf die Wirtschaftskraft in einer Region. Gerade wirtschaftlich schwächer gestellte Kreise und Regionen würden durch den Wegfall eines Berufsschulangebots zusätzlich geschwächt, was die hohe Bedeutung berufsbildender Schulen für die Zukunftsfähigkeit einer Region unterstreicht. Die möglichen gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen der Verringerung der Leistungsfähigkeit des deutschen Berufsbildungssystems und damit der gesamten Wirtschaft machen daher die Notwendigkeit deutlich, aufgrund der veränderten demografischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen konkrete Ansätze und Perspektiven für die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Bildung als wesentlichen Standortfaktor zu entwickeln.

4 Überblick über Ansätze zur strukturellen Weiterentwicklung berufsbildender Schulen

Mit Blick auf die skizzierten Entwicklungen stellt sich die zentrale Frage, wie der „Gefahr einer durch den demografischen Wandel induzierten Abwärtsspirale für das duale System“ (SCHMIDT, 2011, S. 148) jenseits der Schließung von Schulstandorten begegnet werden kann. Nachfolgend wird ein Überblick über in der einschlägigen Fachliteratur bislang diskutierte Ansätze zur strukturellen Weiterentwicklung berufsbildender Schulen mit dem Ziel der Sicherung einer zukunftsfähigen beruflichen Bildung gegeben. Als zentrale Ansätze lassen sich identifizieren:

1. Regionale Berufsschulentwicklungsplanung zur Sicherung einer bedarfsgerechten Ausbildungsinfrastruktur,
2. Flexibilisierung der beruflichen Ausbildung,
3. Ausbau regionaler Kooperationen und Netzwerke in der beruflichen Bildung,
4. Förderung der Attraktivität der beruflichen Bildungs- und Ausbildungsgänge.

4.1 Regionale Berufsschulentwicklungsplanung

Die kommunalen Schulträger stehen vor der Herausforderung, im Rahmen der regionalen Berufsschulentwicklungsplanung das vorhandene öffentliche Netz berufsbildender Schulen und die Ressourcen an die sinkenden Schülerzahlen anzupassen und zugleich zur Wahrung des Verfassungsprinzips gleicher Bildungschancen gemeinsam mit dem Staat ein in der Fläche ausgewogenes, differenziertes und durchlässiges Angebot von Bildungsgängen im berufsbildenden

Schulwesen zu gewährleisten. Wie bereits dargelegt, ist schon heute in einigen Regionen die Organisation eines leistungsfähigen und für alle Schülerinnen und Schüler gut zugänglichen Schul- und Ausbildungsangebots erheblich erschwert. Mögliche Risiken einer unausgewogenen regionalen Standort- und Angebotskonzentration sind bspw. Fehlinvestitionen in die Modernisierung von Schulgebäuden, kosteneffiziente oder betriebsferne Ausbildungsstrukturen oder ein regionaler Mangel an qualifizierten Nachwuchskräften in einzelnen Berufsfeldern. Aufgabe der regionalen Berufsschulentwicklungsplanung ist es daher, unter Berücksichtigung schul- und berufsbildungspolitischer, wirtschaftsstruktureller, bildungsökonomischer, landes- und raumplanerischer sowie fachlich-pädagogischer Ziele und Grundsätze, „Grundlagen und Entscheidungshilfen für die zukünftige Gestaltung eines bedarfsgerechten Schulangebots im Gebiet des Schulträgers, des Landkreises und eines Bundeslandes aufzuzeigen“ (FRANK, 2010, S. 163). Aber gerade für das berufliche Schulwesen erweist sich die Strukturentwicklungsplanung aufgrund der Vielzahl und Komplexität der einzubeziehenden Planungsparameter sowie der in den Entscheidungsprozess einzubeziehenden Akteure⁶ als kompliziert. So sind z. B. strukturelle und konjunkturelle Veränderungen des Arbeitsmarkts sowie die Entstehung neuer bzw. die Neuordnung bestehender Berufe schwer abschätzbar (RÖSNER, 2000, S. 219).

Die Bildungspolitik eines Bundeslands gibt die zentralen Vorgaben für die Berufsschulentwicklungsplanung vor, wie die weitestgehende Aufrechterhaltung der bestehenden Angebotsstruktur oder eine wohnortnahe Schulversorgung (FRANK, 2010, S. 163f.). Die bei der Berufsschulentwicklungsplanung zu berücksichtigenden bildungsökonomischen Rahmenbedingungen und Vorgaben, die einen effektiven Ressourceneinsatz (wie Lehrkräfteeinsatz, Auslastung der Fachräume, Labore, Werkstätten, angemessenes Angebot an Bildungsgängen) gewährleisten sollen, werden durch die Schulgesetze der Länder sowie Verordnungen und Verwaltungsvorschriften verbindlich geregelt (KUKLINSKI, 2006, S. 484, 488). Dies betrifft vor allem die Vorgaben zur Mindestschülerzahl (bezogen auf Vollzeitschüler) pro berufsbildende Schule, Klassenbildung (wie Mindestklassenfrequenz, Richtwerte für Klassenobergrenzen und Klassenteiler), Mindestzügigkeit und Organisationsform berufsbildender Schulen. Für die Entwicklung der berufsbildenden Schulen haben die Regelungen bezüglich der Klassenmindestfrequenzwerte eine zentrale Bedeutung, denn auf ihrer Basis erfolgt die Beurteilung der Tragfähigkeit von Bildungsgängen. Basierend auf den Prognosen der künftigen Schülerzahlenentwicklung sowie des Schul- und Ausbildungswahlverhaltens sind der künftige Versorgungsbedarf sowie entsprechende Umsetzungsmaßnahmen zunächst auf Ebene der Bildungsgänge abzuleiten. Im Anschluss werden konkrete Lösungsvarianten unter Berücksichtigung der bildungspolitischen Vorgaben entwickelt (RÖSNER, 2000, S. 214f.). Sinkende Klassenstärken stellen die kommunalen Schulträger somit vor erhebliche Legitimationsprobleme. Da die Erhaltung von Schulen mit hohen Kosten verbunden ist, ist es für die Schulträger angesichts der Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte besonders bedeutsam, Fehlinvestitionen (bspw. durch überzählige Raumkapazitäten oder die Modernisierung von Schulgebäuden) zu vermeiden und das Schulnetz an die künftige

6 Je nach Bundesland sind die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und das zuständige Arbeitsamt einzubeziehen. Die entwickelten Schulnetzpläne bedürfen der Genehmigung durch die oberste Schulaufsichtsbehörde (KUKLINSKI, 2006, S. 475f.).

zu erwartende Entwicklung der Schülerzahlen anzupassen (RÖSNER, 2000, S. 211). Die Berufsschulentwicklungsplanung bewegt sich somit im Spannungsverhältnis zwischen Kosteneffizienz, regional- und bildungspolitischen Zielsetzungen und der Berücksichtigung lokaler und regionaler Spezifika (FRANK, 2010, S. 163). Können aufgrund sinkender Schülerzahlen in einzelnen Regionen die Mindestgrößen für Schulen nicht mehr erfüllt werden, muss die Schulentwicklungsplanung Lösungsansätze entwickeln. Um Standortschließungen zu vermeiden und dennoch Kosten einzusparen, wird u. a. der Ausbau von Kooperationen insbesondere von kleineren oder mittleren Schulen empfohlen (FRANK, 2010, S. 165). So sind Standortkonzentrationen durch die Zusammenlegung von Schulstandorten häufig diskutierte Lösungsansätze, indem ehemals selbstständige berufsbildende Schulen zusammengefasst werden. Es ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklung verstärkt. Eine weitere Folge wird die vermehrte Einrichtung sowie der Ausbau von landes- und bundesweiten Fachklassen sein (PFEIFFER & KAISER, 2009). Bereits heute werden in Splitterberufen Auszubildende gebündelt in einer Region, in einem Bundesland oder im gesamten Bundesgebiet in Landes- oder Bundesfachklassen beschult. Künftig könnten aber nicht mehr nur die Berufe mit einer traditionell geringen Zahl von Auszubildenden, sondern auch häufiger vorkommende Berufe von der Beschulung in Landes- oder Bundesfachklassen betroffen sein (vgl. Abschnitt 3.1). Eine verstärkte Beschulung in Landes- oder Bundesfachklassen hat zur Folge, dass die Anforderungen an die Mobilität von Jugendlichen deutlich zunehmen (KUKLINSKI, 2006, S. 76). Eine Studie (BOGAI et al., 2008) zeigt, dass bereits heute die Auspendlerquote, d. h. die Zahl von Auszubildenden, die über die Grenzen einer Arbeitsmarktregion hinweg zu ihrem Ausbildungsplatz pendeln, durchschnittlich 14 % in den westdeutschen und 23 % in den ostdeutschen Bundesländern beträgt. Würden eine Vielzahl von Ausbildungsberufen künftig in landes- oder bundesweiten Fachklassen beschult werden, könnte dies sowohl Auszubildende davon abhalten, ein Ausbildungsangebot zu wählen, als auch für Betriebe ein Hinderungsgrund sein, aufgrund eines fehlenden betriebsnahen Berufsschulangebotes eine Ausbildung anzubieten. Alternativ besteht die Möglichkeit, benachbarte Ausbildungsgänge in einer berufsfeldorientierten Fachklasse im Rahmen der beruflichen Grundbildung zusammenzufassen, um so die Mindestschülerzahl zur Bildung einer Klasse zu erreichen. Das Ziel sollte sein, auch mittel- und langfristige eine stabile regionale Fachklassenausbildung sicherzustellen. Um dies zu erreichen, ist die Einrichtung von kreisübergreifenden Bildungsregionen ein möglicher Ansatz. Hier übernehmen ausgewählte Standorte berufsbildender Schulen in einer Region die Funktion eines beruflichen Schulzentrums, welches durch andere Schulstandorte kooperativ unterstützt wird (vgl. dazu Abschnitt 4.3).

Um die notwendige Anpassung der regionalen Schulstandortstruktur an die veränderten Schülerzahlen zu realisieren, gibt es weitere Möglichkeiten, um eine Kostensenkung im Bildungsbereich zu erreichen und zugleich eine wohnortnahe Bildungs- und Ausbildungsversorgung aufrechtzuerhalten. FRANK (2010, S. 165) differenziert folgende Lösungsansätze:

1. Laissez-faire-Lösung (z. B. KLEMM, 1997): Dieser Ansatz verzichtet auf die Erstellung eines Gesamtplanung, sondern es werden Einzelfalllösungen gesucht.
2. Strukturlösung (z. B. RÖSNER, 2004; KLEMM, 1997): Durch unterrichtsorganisatorische Maßnahmen sollen Schulen effizienter gestaltet werden, um den Standort trotz Unterschreitung der Mindestschülerzahl erhalten zu können.

3. Personallösung (z. B. RÖSNER, 2004): Absenkung der Mindestschülerzahlen pro Schule und somit der Mindestklassenfrequenz; dies hätte zur Folge, dass mehr Lehrkräfte zu finanzieren sind.
4. Transportlösung (z. B. RÖSNER, 2004; KLEMM, 1997): Konzentration von Schulstandorten unter parallelem Ausbau des Schulbusnetzes. Dieser speziell aus dem Bereich der allgemeinbildenden Schulen stammende Lösungsvorschlag ist für die Strukturentwicklungsplanung berufsbildender Schulen ebenfalls relevant, damit auch hier Fahrzeiten und Kosten in einem vertretbaren Rahmen bleiben.

Bedingt durch den Schüllerrückgang und bei konsequenter Einhaltung der vorgegebenen Richtwerte von Vollzeitschülern pro berufsbildende Schule wird es in den nächsten Jahren auch quantitative Veränderungen im Schulnetz geben. Sollte die vorhandene Struktur des beruflichen Schulwesens künftig nur an die demografische Entwicklung angepasst werden, dann würden sich die Bildungsangebote der berufsbildenden Schulen vorrangig auf die städtischen Zentren konzentrieren (WEISHAUPT, 2009, S. 65). Einige Autoren (z. B. WEISHAUPT, 2009) plädieren daher trotz rückläufiger Schülerzahlen für eine regionale Ausweitung der Bildungsangebote der berufsbildenden Schulen in ländlichen Regionen sowie der Suche nach Flexibilisierungsmöglichkeiten und schulorganisatorischen Alternativen, damit die berufsbildenden Schulen ihre wichtige Qualifizierungsaufgabe weiterhin umfassend erfüllen können. Dies bedeutet, dass zum einen eine Angebotsstruktur gewährleistet werden sollte, die den Jugendlichen flächendeckend den Zugang zu einer Ausbildung ermöglicht, und zum anderen sollten die Angebote den von den Unternehmen nachgefragten Qualifizierungsanforderungen entsprechen (PFEIFFER & KAISER, 2009, S. 79).

4.2 Ansätze zur Flexibilisierung der beruflichen Ausbildung

Auf Bundesebene ist im Jahr 2006 der Innovationskreis berufliche Bildung (IKBB) mit der Zielsetzung einberufen worden, Leitlinien für die Fortentwicklung und Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Berufsbildung vor dem Hintergrund der demografischen, wirtschaftlichen, technologischen und internationalen Herausforderungen zu entwickeln (BMBF, 2007a). In den vom IKBB vorgelegten „10 Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung“ (BMBF, 2007b) wird vorgeschlagen, dass mithilfe einer regional koordinierten Gesamtstrategie eine Verbesserung des Übergangsmanagements, der Berufsorientierung, der Ausbildungsreife sowie der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund angestrebt werden sollte, um die Ausbildungsbeteiligungsquote zu erhöhen. Des Weiteren wird die Flexibilisierung der beruflichen Ausbildung durch Ausbildungsbausteine, die Anrechenbarkeiten von bereits erbrachten Leistungen, eine Neuordnung der Berufe sowie die Erlangung von Zusatzqualifikationen bereits während der Ausbildung empfohlen (BMBF, 2007b, S. 10 ff.).

Die durch das BMBF beauftragte Studie „Auswirkungen von demografischen Entwicklungen auf die berufliche Ausbildung“ (PFEIFFER & KAISER, 2009) enthält weitere Empfehlungen. Diese entsprechen inhaltlich im Wesentlichen den Leitlinien des IKBB (BMBF, 2007b), werden jedoch im Hinblick auf mögliche Lösungsanforderungen spezifiziert. Empfohlen werden die Verbesserung der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in die berufliche Ausbildung durch eine größere Durchlässigkeit, der Ausbau der Bildungs- und Berufsberatung sowie die

Sicherung von Qualität und Transparenz von Ausbildungsangeboten. Neben der bereits dargestellten Einrichtung von Bundes- und Landesfachklassen wird vor allem der Ausbau virtueller Bildungsangebote vorgeschlagen, um auch in Zukunft in vielen Regionen und Berufen den Berufsschulunterricht nach dem Fachklassenprinzip aufrechterhalten zu können (PFEIFFER & KAISER, 2009, S. 79).

Der Ansatz, die berufliche Ausbildung stärker zu flexibilisieren, hat zur Ausarbeitung weiterer Reformansätze geführt. Von Bedeutung sind hier die Strukturierung der Berufsausbildung durch Ausbildungsbausteine (EULER & SEVERING, 2007; 2006) und die Zusammenfassung einzelner Berufe in Berufsgruppen (BMBF, 2007b). Unter Ausbildungsbausteinen verstehen EULER & SEVERING (2006, S. 42) „abgegrenzte und bundesweit standardisierte Einheiten innerhalb der curricularen Gesamtstruktur eines Ausbildungsberufsbildes“. Ein einzelner Ausbildungsbaustein bezieht sich auf einen abgegrenzten Tätigkeitsbereich innerhalb des jeweiligen Ausbildungsberufes. Die Konzeption sieht vor, dass erfolgreich absolvierte Ausbildungsbausteine zertifiziert und als Ausbildungsteilleistungen angerechnet werden können. Die einzelnen Ausbildungsbausteine sollen in ihrer Gesamtheit die Einheit des Berufsbildes repräsentieren, sodass das Berufsprinzip gewahrt bleibt. Das Konzept der Ausbildungsbausteine soll sowohl im dualen System als auch im Übergangssystem einsetzbar sein, um eine „verbesserte horizontale und vertikale Integration der Ausbildung mit vor- und nachgelagerten sowie parallelen vollzeitschulischen Bildungsangeboten“ zu ermöglichen (EULER & SEVERING, 2007, S. 34).

Weitere Ansätze zur Flexibilisierung des Ausbildungssystems sind durch die Sozialpartner entwickelt worden. Im Jahr 2007 hat die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) den Vorschlag eines erweiterten Berufsgruppenprinzips vorgelegt. Dieser Ansatz basiert auch auf der Gliederung der Ausbildung in Ausbildungsbausteine sowie der Umstellung auf i. d. R. zweijährige Ausbildungsgänge mit einer anschließenden Spezialisierungsphase (BDA, 2007, S. 3 ff.). Ebenfalls im Jahr 2007 hat der Deutsche Industrie und Handelskammertag (DIHK) das Modell „Dual mit Wahl“ vorgestellt, welches für Ausbildungsberufe, die ähnliche Tätigkeitsbereiche aufweisen, eine Unterteilung der beruflichen Erstausbildung in zwei Abschnitte vorsieht. Der Ansatz intendiert, dass die Auszubildenden innerhalb des ersten Abschnittes grundlegende Kernkompetenzen erwerben. Daran schließt sich der zweite Abschnitt an, in dem profilbezogene Kompetenzen mithilfe von Modulen vermittelt werden (DIHK, 2011, S. 2 f.). Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) hat ein eigenes Konzept zur Flexibilisierung in Form einer Modularisierung der Berufsausbildung entwickelt, das an dem Berufsprinzip festhält (ZDH, 2007, S. 6 ff.). Dieser Ansatz sieht die Entwicklung von Grund-, Kern- und Spezialmodulen für die handwerklichen Ausbildungsberufe vor (KLOAS, 2007, S. 47).

Hinter diesen Ansätzen der strukturellen Flexibilisierung der Berufsausbildung steht die Erkenntnis, dass angesichts der demografischen Entwicklung sowie der weiteren Aufsplitterung von Berufsbildern künftig eine Beschulung innerhalb des Fachklassenprinzips nicht mehr flächendeckend gewährleistet werden kann. In der Beschulung in Form von Berufsgruppen, Modulen oder Ausbildungsbausteinen wird daher die Möglichkeit gesehen, einen gemeinsamen, flexiblen, betriebs- und ortsnahen Berufsschulunterricht zu realisieren (DIHK, 2011, S. 7; SCHELLEN, 2010, S. 7; KLOAS, 2007, S. 45; ZDH, 2007, S. 7).

4.3 Ausbau regionaler Kooperationen und Netzwerke in der beruflichen Bildung

Besonderes Potenzial wird Ansätzen und Konzeptionen zugesprochen, die eine verstärkte Kooperation und Netzwerkbildung verschiedener Bildungsinstitutionen intendieren (WILBERS, 2004; 2002) oder die im Kontext des lebensbegleitenden Lernens eine institutionenübergreifende Verzahnung mit dem Weiterbildungsbereich anstreben (KRUSE ET AL., 2009; HARNEY ET AL., 2007).

Auf der institutionellen Ebene sind berufsbildende Schulen in Netzwerke eingebunden. In horizontalen Bildungsnetzwerken werden berufsbildende Schulen in ein Netzwerk von Institutionen auf der gleichen Bildungsstufe integriert, wie bspw. die Lernortkooperation zwischen Schule und Betrieb. Die Implementierung solcher Netzwerke dient hauptsächlich dem Erfahrungsaustausch und begründet sich auch durch didaktische oder wirtschaftliche Motive. Als vertikales Netzwerk wird die Vernetzung der berufsbildenden Schule mit vor- und nachgelagerten Bildungsstufen bezeichnet, mit denen vor allem Probleme im Kontext des Übergangs von der Schule in die Ausbildung überwunden werden sollen (WILBERS, 2004, S. 62; 99). Ein wesentlicher Ansatz zur Sicherung der Ausbildungsinfrastruktur stellt der Aufbau von regionalen Netzwerken zwischen Berufsschulen sowie außer- und überbetrieblichen Bildungseinrichtungen dar (PFEIFFER & KAISER, 2009). Des Weiteren wird in dem flächendeckenden Aufbau (branchenspezifischer) regionaler Aus- und Weiterbildungszentren bzw. -netzwerke, in die Schulen, Berufsschulen, Kammern, Klein- und Mittelbetriebe sowie private Bildungsanbieter einbezogen werden sollten, die Möglichkeit gesehen, regionale Ressourcen sowie Entwicklungs- und Kooperationspotenziale stärker nutzbar zu machen und dadurch zur Steigerung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit beizutragen (PFEIFFER & KAISER, 2009, S. 36 ff.). Berufsbildungsnetzwerken wird zudem adjudiziert, dass sie zur Qualitätsentwicklung in der beruflichen Bildung beitragen, Übergangsprobleme von der Schule in die Ausbildung sowie die Benachteiligung bestimmter Gruppen reduzieren und somit eine Abschwächung der quantitativen Probleme ermöglichen (DIETRICH, 2010, S. 88; HAMM, 2004, S. 33 f.; WILBERS, 2002, S. 104).

Ein weiterer Ansatz zur Neustrukturierung des beruflichen Bildungsangebots stellt das Konzept der Berufsbildungsregion dar, indem benachbarte Kreise in Berufsbildungsregionen neu gegliedert werden, Standorte mit einer zentralen Versorgungsfunktion identifiziert werden und die berufsbildenden Schulen stärker kooperieren. Ziel der Schaffung einer solchen Lösung ist eine möglichst weitgehende Aufrechterhaltung des bisherigen regionalen beruflichen Bildungs- und Ausbildungsangebots in allen Teilen eines Bundeslandes, indem das Schüleraufkommen aus benachbarten Kreisen zusammengeführt wird, um eine möglichst große Zahl der bislang in den Kreisen angebotenen Bildungsgänge sicherstellen zu können. Werden in einzelnen Kreisen ökonomisch vertretbare Schülerzahlen pro Klassenstufe nicht mehr erreicht, dann würden benachbarte Kreise in einer Berufsbildungsregion zusammengeführt werden. Diese verständigen sich dann unter Einbeziehung der in den benachbarten Kreisen zu erwartenden Nachfrage darüber, welcher Bildungsgang an welchem der bisherigen Schulstandorte weitergeführt werden soll. Da die Nachfrage nach Bildungsgängen auch von deren Erreichbarkeit abhängt, würde eine mit hohem zeitlichem Aufwand verbundene Erreichbarkeit des Standorts eines Bildungsgangs vermutlich dazu führen, dass die Nachfrage weiter sinkt. Im Hinblick auf die Wohnortnähe sollte eine Berufsbildungsregion daher so konzipiert sein, dass die innerhalb der Berufsbildungsregion bestehenden berufsbildenden Schulstand-

orte für einen Bildungsgang mit öffentlichen Verkehrsmitteln in einem akzeptablen Zeitrahmen erreichbar sind. Der Ansatz der Berufsbildungsregion intendiert somit die Erhaltung eines breiten beruflichen Bildungs- und Ausbildungsangebots unter sachgerechten und rationalen Gesichtspunkten.

4.4 Förderung der Attraktivität der beruflichen Bildungs- und Ausbildungsgänge

Die Attraktivität eines Bildungsgangs hat entscheidenden Einfluss auf dessen Wahl. Die Attraktivität meint dabei die Einschätzung der Möglichkeiten und Perspektiven, die der Besuch eines Bildungsgangs für die eigene Entwicklung, Beschäftigungsmöglichkeiten, berufliche Karriere sowie soziale und monetäre Anerkennung verspricht.

Ein zentraler bildungspolitischer Ansatz als Reaktion auf sinkende Auszubildendenzahlen wird in der Aktivierung der „stillen Reserven“ für die Berufsausbildung gesehen (KROLL ET AL., 2008, S. 34 ff.; BMBF, 2007b.). Ziel ist die Erhöhung der Ausbildungsbeteiligungsquote, indem bislang in der dualen Ausbildung eher unterrepräsentierte Schüler- und Personengruppen für das duale System gewonnen werden. Damit ist zum einen die stärkere Rekrutierung und Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie von Jugendlichen mit einer unzureichenden Ausbildungsreife in das duale System intendiert, z. B. durch eine verbesserte Begleitung des Übergangs der Jugendlichen von der Schule in die Ausbildung und während der Ausbildung durch Mentoring-Programme oder berufsbegleitende Nachqualifizierungen. Zum anderen wird die Erschließung von höherqualifizierten Schülergruppen mit Studienberechtigung empfohlen, bspw. durch die Setzung von zusätzlichen positiven Anreizen (wie Erwerb von Zusatzqualifikationen, Auslandsaufenthalte während der Ausbildungszeit, Aufzeigen von beruflichen Perspektiven) sowie der weiteren Qualitätsverbesserung der dualen Ausbildung (HEINEN et al., 2009, S. 28 ff.; KROLL ET AL., 2008, S. 39).

Weitere Vorschläge beziehen sich auf frühzeitige und kontinuierliche Aktivitäten im Rahmen des betrieblichen Ausbildungsmarketings sowie die Kooperation von Schule und Wirtschaft in entsprechenden regionalen Arbeitskreisen (z. B. HEINEN et al., 2009). Aufgrund des eher geringen Kenntnisstands vieler Jugendlicher über die vielfältigen beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten sollten die Ausbildungsberatung sowie Angebote zur Vermittlung von Ausbildungsbewerberinnen und -bewerbern gezielt weiterentwickelt, systematisiert und aufeinander abgestimmt werden, um ein kohärentes und bundesweites Angebot zu etablieren (PFEIFFER & KAISER, 2009, S. 80 f.). Weiter spezifiziert wird dieser Vorschlag durch die Erhebung der Bedarfsstrukturen bei den Jugendlichen und den Ausbildungsbetrieben, der Implementierung von Beratungsstrukturen (wie Bildungsbüros) in allen Kommunen, die Entwicklung einheitlicher Standards für Beratungsangebote sowie die Professionalisierung des Bildungsberatungspersonals. Die Vielfalt bei den Bildungsangeboten führt auch zu einer zunehmenden Diversifizierung der Anbieterstrukturen. Um der steigenden Konkurrenz mit anderen Bildungsgängen, insbesondere den Hochschulen, zu begegnen, wird die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der beruflichen Ausbildung als ein entscheidendes Kriterium zur Steigerung der Attraktivität der Berufsausbildung angesehen, da die Einschätzung der Ausbildungsqualität ein weiteres wesentliches Entscheidungskriterium für die Wahl von Bildungsgängen darstellt. Daher wird der Implementierung und Weiterentwicklung von Verfahren und

Prozessen zur Qualitätsentwicklung sowie von Qualitätssicherungssystemen in der beruflichen Bildung eine hohe Bedeutung beigemessen (PFEIFFER & KAISER, 2009, S. 81 f.). Verbleiben die zu erwartenden Einsparungen, die durch die sinkenden Schüler- und Auszubildendenzahlen entstehen, also die sogenannte demografische Rendite, im Berufsbildungssystem, dann könnten diese zur Verbesserung der Ausbildungsqualität, z. B. durch den Abbau von Unterrichtsaufwand, sowie zur Realisation entsprechender Reformprojekte verwendet werden.

5 Fazit und Ausblick

Vor dem Hintergrund der dargelegten demografischen Entwicklung würde ein bloßer Rückbau der berufsschulischen Infrastruktur die Attraktivität der beruflichen Bildung gefährden, was wiederum Implikationen für die Sicherung des regionalen Fachkräftebedarfs und die regionale Wirtschaftskraft hat. So konnte aufgezeigt werden, dass gerade in der letzten Dekade vielfältige Ansätze und Konzeptionen zur Anpassung des berufsbildenden Schulwesens an die sich verändernden Bedingungen entwickelt worden. Die Einschätzung, dass bislang ein Mangel an berufs- und wirtschaftspädagogisch fundierten Strategien, Ansätzen und Konzepten hinsichtlich der künftigen Berufsschulentwicklung unter den spezifischen demografischen Bedingungen und Herausforderungen besteht (SCHMIDT, 2011, S. 150), kann vor dem Hintergrund der in Abschnitt 4 dargestellten Ansätze nicht vollständig geteilt werden. So wird auch im Berufsbildungsbericht 2010 konstatiert, dass sich für die Bildungs- und Ausbildungspolitik vor allem Fragen der Umsetzung und Konkretisierung von Ansätzen und Aktivitäten stellen (AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG, 2010, S. 178). Folglich ist es Aufgabe der für den berufsbildenden Bereich verantwortlichen Akteure der Bildungspolitik und Bildungsadministration in den jeweiligen Ländern und Regionen, die vorliegenden Ansätze und Konzepte auszugestalten und zu implementieren. Dies setzt voraus, dass die aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen bereits kurzfristig zu erwartenden finanziellen Einspareffekte im System der beruflichen Ausbildung dazu führen, dass die demografiebedingt frei werdenden Finanzmittel seitens der öffentlichen Hand zur Sicherung von Qualität, Modernität und damit der Attraktivität der beruflichen Ausbildung in das berufliche Bildungssystem reinvestiert werden (PFEIFFER & KAISER, 2009, S. 77). Dies könnte zudem dazu beitragen, dass die gestiegenen Leistungsanforderungen der Unternehmen und damit verbunden veränderte Kompetenz-, Qualifikations- und Lernanforderungen infolge immer komplexerer Anforderungen und Aufgaben im beruflichen Kontext von dem Ausbildungssystem in stärkerem Maß berücksichtigt werden. In Anbetracht der spezifischen Bedingungen der demografischen Entwicklung sollte es im Interesse der Chancengleichheit und der Qualitätssicherung beruflicher Bildung das primäre Ziel der künftigen strukturellen Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen sein, Angebotsdisparitäten möglichst zu vermeiden und vergleichbare Strukturen und pädagogische Bedingungen zu gewährleisten.

Literaturverzeichnis

- Autorengruppe Berufsbildungsberichterstattung (2013a). Berufsbildungsbericht 2013. Bonn: BMBF. Abgerufen am 20.12.2013 von http://www.bmbf.de/pub/bbb_2013.pdf
- Autorengruppe Berufsbildungsberichterstattung (2013b). Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013. Bonn: BMBF. Abgerufen am 20.12.2013 von http://datenreport.bibb.de/media2013/BIBB_Datenreport_2013.pdf
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010). Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld. Abgerufen am 11.11.2013 von http://www.bildungsbericht.de/daten2010/bb_2010.pdf
- BDA (2007). Neue Strukturen in der dualen Ausbildung. Beschluss des BD-Ausschusses Bildung/Berufliche Bildung, BDA-Arbeitskreises Berufliche Bildung. Berlin. Abgerufen am 11.11.2013 von http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/BDA_zur_Dualen_Ausbildung.pdf?file/BDA_zur_Dualen_Ausbildung.pdf
- BIBB (2013). Ergebnis der Erhebung neu abgeschlossener Ausbildungsverträge zum 30.09.2013. Abgerufen am 18.12.2013 von http://www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_2013_tab006_obund.pdf
- BMBF (2007a). Pressemitteilung. Innovationskreis legt 10 Leitlinien für Reform der Berufsbildung vor. Abgerufen am 11.11.2013 von http://www.bmbf.de/_media/press/pm_20070716-153.pdf
- BMBF (2007b). 10 Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung. Ergebnisse des Innovationskreises berufliche Bildung. Berlin. Abgerufen am 11.11.2013 von http://www.bmbf.de/pub/IKBB-Broschuere-10_Leitlinien.pdf
- Bogai, D., Seibert, H. & Wiethölter, D. (2008). Die Suche nach Lehrstellen macht junge Menschen mobil. IAB-Kurzbericht 9/2008. Abgerufen am 20.12.2013 von <http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb0908.pdf>
- Demografieportal (2013). Bevölkerungswachstum nach Kreisen. Abgerufen am 20.12.2013 von http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Statistiken/Regional/Bevoelkerungswachstum_Kreise_bis2030.html
- Dietrich, A. (2010). Netzwerke in der beruflichen Bildung und im lebenslangen Lernen – Systematisierung und Perspektiven von Netzwerkkonzepten. In M.H. Breitner, C. Voigtländer & K. Sohns (Hrsg.), *Perspektiven des Lebenslangen Lernens – dynamische Bildungsnetzwerke, Geschäftsmodelle, Trends* (S. 81–95). Berlin: GITO-Verlag.
- DIHK (2011). Dual mit Wahl. Ein Modell der IHK-Organisation zur Reform der betrieblichen Ausbildung. Berlin. Abgerufen am 20.12.2013 von <http://www.dihk.de/themenfelder/ausund-weiterbildung/ausbildung/ausbildungspolitik/positionen/dual-mit-wahl>
- Euler, D. & Severing, E. (2006). Flexible Ausbildungswege in der Berufsausbildung. Nürnberg: BMBF.
- Euler, D. & Severing, E. (2007). Zusammendenken, was zusammengehört – Ausbildungsbausteine als Grundlage der Weiterentwicklung der Berufsbildung, *Berufs- und Wirtschaftspädagogik*, 36(1), 33–37.
- Frank, K. (2010). Schulentwicklungsplanung im demografischen Wandel. In U. Altröck, R. Kunze, U. v. Petz & D. Schubert (Hrsg.), *Jahrbuch Stadterneuerung 2010* (S. 163–168). Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin.
- Hamm, C. (2004). Schulentwicklung und Bildungsnetzwerke. Eine wirtschaftspädagogische Modellierung der für den Aufbau und die Nutzung von Berufsbildungsnetzwerken förderlichen Bedingungen in berufsbildenden Schulen. Köln: Universität zu Köln, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.
- Harney, K., Hochstätter, H.-P. & Kruse, W. (2007). HESSENCAMPUS. Lebensbegleitendes Lernen – Ein struktureller Fortschritt im Bildungssektor? Zur Begründung eines strate-

- gischen Projekts der Hessischen Landesregierung. *Hessische Blätter für Volksbildung*, 57(2), 126–140.
- Heinen, A., Jalloh, M., Kalweit, D., Kolter, C., Theunert, M. (2009). Erfolgreiche Nachwuchssicherung und Nachwuchsbindung. In KWB (Hrsg.), *Demografischer Wandel und Fachkräfte. Mit Berufsbildung Zukunft bewegen* (S. 28–31). Bonn: Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB).
- Klemm, K. (1997). Zur Grundschulentwicklung in Sachsen bei sinkenden Schülerzahlen. In U. Sandfuchs, E.-M. Stange & S. Kost (Hrsg.), *Kleine Grundschule und jahrgangsübergreifendes Lernen – Schülerrückgang als pädagogische Herausforderung* (S. 135–149). Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Kloas, P.-W. (2007). Ausbildungsbausteine, Module und anderes „Teufelszeug“. Eine Bewertung der neuen Strukturvorschläge für die Berufsausbildung, *Berufs- und Wirtschaftspädagogik*, 36(2), 45–49.
- KMK (2013). Vorausberechnungen der Schüler- und Absolventenzahlen 2012–2025. Abgerufen am 20.12.2013 von http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dokumentation_Nr._200_web.pdf
- Kroll, S., Ulmer, U. & Ulrich, J.G. (2008). Wege zur Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses. In U. Ulmer & J.G. Ulrich (Hrsg.), *Der demografische Wandel und seine Folgen für die Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses* (S. 29–41). Bonn: BIB.
- Kruse, W., KALETKA, C., PELKA, B. & SCHRÖDER, A. (2009). Hessencampus 2007 – 2009. Veröffentlichung der wissenschaftlichen Begleitung. Dortmund: Sozialforschungsstelle Dortmund.
- Kuklinski, P. (2006). Demografischer Wandel und Schulnetzplanung für berufsbildende Schulen – dargestellt am Beispiel der Situation in Sachsen. *Recht der Jugend und des Bildungswesens*, 54(4), 474–493.
- Pfeiffer, I. & Kaiser, S. (2009). Auswirkungen von demografischen Entwicklungen auf die berufliche Ausbildung. Bonn: BMBF. Abgerufen am 03.12.2013 von http://www.bmbf.de/pub/auswirkungen_demografische_entwicklung_berufliche_ausbildung.pdf
- Rösner, E. (2000). Ist kommunale Schulentwicklung noch planbar? In: B. Frommelt, K. Klemm, E. Rösner, K.-J. Tillmann (Hrsg.), *Schule am Ausgang des 20. Jahrhunderts* (S. 211–248). Weinheim: Juventa.
- Rösner, E. (2004). Ratgeber Schulentwicklungsplanung. Bd. 1. Allgemeinbildendes Schulwesen. Dortmund: IFS-Verlag.
- Schelten, A. (2010). Unterricht in Berufsgruppen. In P. Allmansberger, P. Bodensteiner & G. Denneborg (Hrsg.), *Berufsgruppen in der Erstausbildung, Eine qualitative Antwort auf die demografische Entwicklung?!* (S. 7–10). München: Hans Seidel Stiftung.
- Schmidt, C. (2011). Demografischer Wandel und Entwicklung berufsbildender Schulen. In U. Faßhauer, B. Fürstenau & E. Wuttke (Hrsg.), *Grundlagenforschung zum dualen System und Kompetenzentwicklung in der Lehrerbildung* (S. 143–152). Opladen: Budrich.
- StBA (2013a). Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Tabellencode: 12411-0001). Abgerufen am 20.12.2013 von https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=B75AA96E6FA51585BF4BA0171BBFFF07.tomcat_GO_1_1?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1387621863694&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=12411-0001&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf
- StBA (2013b). Bevölkerungsvorausberechnungen (Tabellencode: 12421-0001). Abgerufen am 20.12.2013 von https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=CC4C511F436EBA9BA3BEB3360BBD96.tomcat_GO_1_2?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1387622052101&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=12421-0001&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf

- StBA (2013c). Statistik der Geburten (Tabellencode: 12612-0001). Abgerufen am 20.12.2013 von https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=AE239EB7D940D6C4F4B8229CA570DB04.tomcat_GO_1_1?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1387622351687&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=12612-0001&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf
- StBA (2013d). Statistik der Sterbefälle (Tabellencode: 12613-0002). Abgerufen am 20.12.2013 von https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=E0E3FD3893759D6174E545800037C3E8.tomcat_GO_1_1?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1387622465495&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=12613-0002&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf
- StBA (2013e). Wanderungsstatistik (Tabellencode: 12711-0004). Abgerufen am 20.12.2013 von https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=C3D2E249DDCBF770E2093158156D22DF.tomcat_GO_2_2?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1387622627299&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=12711-0004&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf
- StBA (2013f). Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Altersjahre 2010 (Tabellencode: 12411-0006). Abgerufen am 20.12.2013 von https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=D5F06AB5276F829ED4F39AF64F540E13.tomcat_GO_1_1?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1387622780655&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=12411-0006&auswahltext=%23Z-31.12.2010&nummer=5&variable=2&name=NAT&werteabruf=Werteabruf
- StBA (2013g). Bevölkerungsvorausberechnungen. Altersjahre 2030 (Tabellencode: 12421-0002). Abgerufen am 20.12.2013 von https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=9D55A9741A2AEC77935096FB05EE98C2.tomcat_GO_1_2?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1387623008592&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=12421-0002&auswahltext=%23SBEVPR2-BEVPROGV1W%23Z-31.12.2030&werteabruf=Werteabruf
- StBA (2013h). Statistik der beruflichen Schulen (Tabellencode: 21211-0002). Abgerufen am 20.12.2013 von https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=504943C9F4142FC0403B4C4FB863DD52.tomcat_GO_1_2?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1387624297091&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=21211-0002&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf
- Ulrich, G.U., Matthes, S., Flemming, S., Granath, R.-O., Krekel E.M. (2013). Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2013. Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge fällt auf historischen Tiefstand. Abgerufen am 20.12.2013 von http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_beitrag_2013.pdf
- Weishaupt, H. (2009). Demografie und regionale Schulentwicklung. *Zeitschrift für Pädagogik*, 55(1), 56–72.
- Wilbers, K. (2002). Die Schule im regionalen Berufsbildungsnetzwerk. Ganzheitliche Gestaltung einer proaktiven Institution in den flexiblen institutionellen Arrangements eines regionalen Berufsbildungsnetzwerks. In BLK (Hrsg.), *Kompetenzzentren. Kompetenzzentren in regionalen Berufsbildungsnetzwerken – Rolle und Beitrag der beruflichen Schulen. Dokumentation der BLK-Fachtagung am 3./4. Dezember 2001 in Lübeck* (S. 101–121). Bonn: BLK.

- Wilbers, K. (2004). Soziale Netzwerke an berufsbildenden Schulen. Analyse, Potenziale, Gestaltungsansätze. Paderborn: Eusl.
- ZDH (2007). Ganzheitlich – Passgenau – Anschlussfähig. Grundzüge eines umfassenden und flexiblen Berufslaufbahnkonzepts im Handwerk. Abgerufen am 11.12.2013 von http://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/themen/Bildung/Rundschreiben_2008/080305Berufslaufbahnkonzept.pdf

Anschrift der Autorinnen: Jun.-Prof. Dr. Cornelia Tonhäuser, Universität Göttingen, Juniorprofessorin für Wirtschaftspädagogik mit dem Schwerpunkt Bildungsmanagement, Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen, E-Mail: cornelia.tonhaeuser@wiwi.uni-goettingen.de.

Laura Büker, M. Ed. in Wirtschaftspädagogik, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Juniorprofessur für Wirtschaftspädagogik mit dem Schwerpunkt Bildungsmanagement, Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen, E-Mail: laura.bueker@wiwi.uni-goettingen.de.